

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 104 (2010)
Heft: 6

Artikel: Zum neuen Parteiprogramm der SP Schweiz
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390158>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum neuen Parteiprogramm der SP Schweiz

«Der Entwurf für ein neues Parteiprogramm der SP Schweiz hat den Mut, an der Vision einer anderen als der bestehenden Ordnung festzuhalten. Die SPS könnte sich damit als linke Schrittmacherin innerhalb der europäischen Sozialdemokratie erweisen. Der «dritte Weg», den der Entwurf mit der Vision «Wirtschaftsdemokratie» geht, ist nicht derjenige der Schröder und Blair, die den Neoliberalismus nur gerade sozialpolitisch flankieren wollten, sondern der Versuch, «mehr Demokratie zu wagen», wie es einst Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 formuliert hat.»

Willy Spieler würdigt den Entwurf der SPS zum neuen Parteiprogramm als mutigen Schritt in diese Richtung. Er kritisiert aber auch einige Punkte wie vor allem die nicht zu Ende gedachte Vision einer Wirtschaftsdemokratie.

Weitgehend ausgeblendet wurde nach Spieler zudem die Care-Ökonomie. Ganz weggefallen sei das garantierte Grundeinkommen. Der Begriff «Demokratischer Sozialismus» als Symbol für eine neue Wirtschaft und Gesellschaft komme nicht mehr vor, seine kulturellen, aber auch ethischen, religiösen und weltanschaulichen Wurzeln scheinen, so Spieler, für die SP irrelevant geworden zu sein.

• In einem Abschnitt des SP-Parteiprogrammentwurfs, der mit *Die Demokratie weiter entwickeln* (31f.) überschrieben ist, heisst es zu Recht, die SP habe «sich nie mit der Demokratisierung der Staatsmacht zufrieden gegeben», sondern setze «sich seit ihrer Gründung auch für die Demokratisierung der Wirtschaftsmacht ein». Aber so wie die Wirtschaftsdemokratie dargestellt wird, verdiente auch sie, noch weiter entwickelt zu werden. In den Bereichen Service public, Genossenschaften, Mitbestimmung und Pensionskassen gibt es mehr wirtschaftsdemokratisches Potential, als der Entwurf aufzeigt.

Wirtschaftsdemokratie – nur ein Schlagwort?

So richtig die Feststellung ist, dass der Service public im demokratischen Staat bereits ein Stück Wirtschaftsdemokratie enthält, so sehr müsste betont werden, dass es mit der internen Unternehmensdemokratie in den öffentlichen Betrieben nicht weit her ist. Die Verselbständigung so grosser Unternehmungen wie SBB oder Swisscom hat nur zu neuen Hierarchien geführt. Dasselbe wiederholt sich mit den Spitälern, Schulen und Universitäten in den Kantonen. Überall neue «Leitungen», aber nirgendwo Mitbestimmungsrechte der von diesen Leitungen Betroffenen. Wirtschaftsdemokratisch organisiert ist der Service public erst, wenn nicht nur die Vorgaben des Staates auf demokratischem Weg zustande kommen, sondern wenn auch das hier beschäftigte Personal, im Fall von Schulen und Universitäten auch die Schüler/innen und Studierenden, die Umsetzung dieser Vorgaben mitbestimmen können.

Wirtschaftsdemokratisches Potenzial ortet der Entwurf sodann bei den Genossenschaften, die als «Gegenmodell zur Aktiengesellschaft» und zur «Profitmaximierungs-Logik» dargestellt werden. (21) Was jedoch fehlt, sind Massnahmen, mit denen die SP das Ge-

nossenschaftswesen fördern will. Genossenschaftlich organisiert werden könnten Unternehmen, die Dienstleistungen von existenzieller Bedeutung erbringen, wie Krankenversicherungen, Pensionskassen, Telekommunikation. Für die Demokratisierung der Wirtschaft durch Genossenschaften wäre auch ein Förderartikel in der Bundesverfassung denkbar. Ein staatlicher KMU-Fonds könnte Betriebe aufkaufen, die keine Nachfolge finden, und sie in Genossenschaften umwandeln.¹ Stattdessen heisst es nur gerade: «Der genossenschaftliche Bereich der Volkswirtschaft ist ausbaufähig und prinzipiell geeignet, einen Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft zu liefern.»(21)

Auch die Mitbestimmung ist gewiss «ein geeignetes Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft» (21). Der Entwurf lässt es aber bei dieser Feststellung bewenden und fügt ihr nur noch ein Wort über die Mitwirkung der Beschäftigten in Deutschland und in der EU hinzu. Gesagt werden müsste wohl auch, wie Mitbestimmung am Arbeitsplatz, auf Betriebs- und Unternehmensebene funktioniert, wie verhindert werden kann, dass die Vertreter/innen der Arbeit in den Verwaltungsräten «abheben» beziehungsweise der Kontrolle der Vertretenen entgleiten und Mitbestimmung mehr der Systemintegration als der Systemveränderung dient. Die Basis sollte mit internen Initiativen und Referenden direktdemokratischen Einfluss auf die Entscheidungsgremien nehmen, insbesondere materielle Forderungen (Mindestlöhne, Lohneinstufungen, Arbeitszeiten, Sozialpläne bei unvermeidlichen Entlassungen usw.) und unternehmungspolitische Anträge (Investitionen, Technologien, Umweltschutz usw.) einbringen können.

Der Entwurf befasst sich sodann mit dem Widerspruch, dass die Mitbestimmung in der Schweiz einerseits nirgendwo so weit geht wie in den Stiftungsräten der Pensionskassen, und dass sie

andererseits wenig bis nichts zur Demokratisierung der Wirtschaft beiträgt. «Es müssten also Mittel und Wege erst noch gefunden werden, um das Machtpotenzial der Arbeitnehmenden für eine wirtschaftsdemokratische Strategie fruchtbar machen zu können» (22), steht im Entwurf. Doch eigentlich ginge es um eine wirtschaftsdemokratische Strategie für ökologische Nachhaltigkeit und ökonomische Gerechtigkeit. Es braucht eine Wirtschaftspolitik, insbesondere eine ökologische Reindustrialisierungspolitik, die aufzeigt, wo anlagepolitisch und bei der Wahrnehmung der Stimmrechte Handlungsbedarf besteht. Diese Aufgabe haben nicht nur die Gewerkschaften verschlafen, dazu findet sich auch in den «Wirtschaftskonzepten» der SP so gut wie nichts.

Globale Wirtschaftsdemokratie – aber wie?

Nicht reflektiert wird im Entwurf die Kompatibilität von Wirtschaftsdemokratie und globalem Markt. Stünden noch so demokratisch verfasste Unternehmen oder Konzerne miteinander in einem harten Konkurrenzkampf, dann liefen auch sie Gefahr, sich genauso zu verhalten wie ihre kapitalistischen «Vorgänger». «Führt sich zum Beispiel eine demokratisch geführte Novartis mit Mitbestimmung auf Unternehmensebene auf dem Weltmarkt anders auf als eine nicht demokratisch geführte Novartis?»² Unvermittelt erwähnt der Entwurf eine internationale «Mitbestimmung auf Branchenebene» (23). Soll also die heutige Konkurrenz von Firmen mit ähnlichem Produkteportfolio neuen Strukturen der Zusammenarbeit und Solidarität weichen? Daran hätte St. Markt gewiss keine Freude.

Der Entwurf sagt zu Recht, Demokratisierung der Wirtschaft sei «im Zeitalter der Globalisierung» immer mehr eine transnationale Aufgabe. Er fordert einerseits «Mitbestimmung auf Unternehmensebene in multinationalen Kon-

zernen», andererseits «Umstellung von multinationalen Konzernen von Privateigentum auf Gemeineigentum» (23). Darüber, wann Mitbestimmung genügt, wann transnationale Sozialisierung erforderlich ist, sagt der Entwurf aber so wenig wie über die globalen Instanzen, die das eine wie das andere festlegen müssten.

Wirtschaftsdemokratie wird fast schon als Allheilmittel gegen die grössten Weltprobleme vom Hunger bis zum Klimawandel angepriesen. Dass Antworten auf solche Überlebensfragen nicht von der strukturgewordenen Profitgier des Kapitals zu erwarten sind, ist evident. Der Entwurf zeigt aber nicht einmal in Ansätzen, wie Demokratie in der Wirtschaft funktionieren müsste, um Ökologie und Ökonomie im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit zu vereinigen. «Demokratisierung» von internationalen «Gremien mit wirtschaftlenkenden Funktionen (WTO, IWE, Weltbank, ILO)» ist zwar nicht falsch, aber genügt das, und wie sollte man sich diese globale «Wirtschaftslenkung» vorstellen? Hier ist die Vision in einem zentralen Punkt nicht «geerdet» (4, 23).

Was ist mit Care-Ökonomie und garantiertem Grundeinkommen?

Arbeit ist nicht nur eine Tätigkeit, die Erwerb ermöglicht. Grundlage der bezahlten Ökonomie ist vielmehr gerade die unbezahlte Ökonomie, insbesondere die Sorgearbeit in der Familie, vorab die Kinderbetreuung. Nicht auf Erwerb gerichtet sind sodann die freiwillige Gemeinwohlarbeit in Vereinen, religiösen Gemeinschaften und politischen Parteien sowie weitere Aktivitäten zur Erhaltung von Gemeingütern der natürlichen Umwelt und der sozialen Mitwelt. Sorge- und Gemeinwohlarbeit bilden eine «Lebensweltwirtschaft» die sich als das Fundament der Erwerbswirtschaft erweist. Die sogenannte Care-Ökonomie hat ein Arbeitsvolumen, das grösser ist als der Rest der «Wirtschaft».³

Angesichts ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung fristet diese Care-Ökonomie im Programmentwurf jedoch ein Schattendasein. «Sorgearbeit in Familie und Pflege und freiwillige Gemeinwohlarbeit in Vereinen, Parteien oder religiösen Gemeinschaften» kommen nur gerade als – besonders sinnstiftende – Anhängsel der Erwerbsarbeit vor (45). Überschieden ist der entsprechende Abschnitt IV.4.c. mit *Das Recht auf Arbeit in einem veränderten Umfeld durchsetzen* (45ff.). Recht auf Arbeit heisst für den Entwurf Recht auf Erwerbsarbeit und hat in diesem Sinn «Vollbeschäftigung» zur Voraussetzung. (46). Der Widerspruch ist offenkundig: Wenn nämlich Vollbeschäftigung die bezahlte Arbeit meint, die unbezahlte Care-Ökonomie aber mehr Beschäftigung ausmacht als die Erwerbsarbeit, dann kann es gar keine Vollbeschäftigung geben. Selbst wenn der Service public immer mehr die ausserschulische Kinderbetreuung übernimmt (Horte, Krippen, Tagesschulen), verbleibt immer noch ein riesiges Volumen an Lebensweltwirtschaft, das sich bei «Vollbeschäftigung» gar nicht bewältigen liesse.

Wer nun aber eine andere als die traditionelle Erwerbsarbeit leistet, ist nicht weniger Wirtschaftsbürgerin oder Wirtschaftsbürger, aber bleibt von der Wirtschaftsdemokratie als einer Erwerbswirtschaftsdemokratie ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang müsste das garantierte Grundeinkommen als Wirtschaftsbürgerrecht diskutiert und neu ins Parteiprogramm aufgenommen werden. Wer keiner oder keiner ausreichenden Erwerbsarbeit nachgehen kann oder will und auch nicht über Sozialleistungen ein soziales Existenzminimum erreicht, sollte endlich ein Grundeinkommen garantiert erhalten. Das fordert die Menschenwürde in einer Gesellschaft, die über alle Ressourcen für ein solches Grundeinkommen verfügt. Nur so kann übrigens auch «der nach wie vor geschlechtlich strukturierte Ge-

gensatz zwischen Erwerbsarbeit und Betreuungslast aufgelöst» (47) werden.

Was zu einer Grundwertepartei auch noch gehören würde

Für den Entwurf erschöpfen sich die Grundwerte in der klassischen Trias von *Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität* (13f.), die der demokratische Sozialismus von der Französischen Revolution geerbt hat. Heute müsste die Linke auch die Menschenwürde in ihren Grundwertekatalog aufnehmen. Dass der Mensch «Zweck an sich selbst» ist, darf seit Kant als Grundaxiom jeder humanistischen Ethik gelten. Dennoch ist die Menschenwürde im linken Diskurs lange zu kurz gekommen. Wer den Sozialismus von der Würde der menschlichen Person her, also «personalistisch» begründen wollte (Hermann Cohen, Martin Buber, Leonhard Ragaz, Emmanuel Mounier u.a.), setzte sich der Kritik aus, letztlich doch nur einem kleinbürgerlichen Individualismus aufzusitzen, statt sich dem Klassenkampf unterzuordnen – eine Kritik, die das kollektive Interesse der ArbeiterInnenbewegung gerade seinem emanzipatorischen Ziel einer freien Assoziation freier Menschen entfremden musste. Erst aus dem zentralen Grundwert der Menschenwürde folgen Freiheit und Gerechtigkeit. Erst aus der Menschenwürde folgt auch der Vorrang des Menschen vor dem Profit, folgt insbesondere der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, das immer nur Mittel, niemals – wie im Neoliberalismus – Zweck an sich selbst sein kann.

Der Kampf um die Menschenwürde gehört zum «Wärmestrom» des demokratischen Sozialismus. Wirtschaftsdemokratie beruht auf dem Ethos aller Beteiligten, die sich für ein solidarisches Miteinander und den achtsamen Umgang mit unserer Umwelt einsetzen. Arnold Künzli sprach in diesem Zusammenhang von einer «gesamtgesellschaftlichen Kulturaufgabe».⁴ Daraus folgte erst noch ein integraler Kulturbegriff,

wie ihn die SP in ihrem Positionspapier zum Kulturjahr 2007 ansatzweise entwickelt hat und wie er auch dem neuen Parteiprogramm gut anstehen würde. Dass der Entwurf keine müde Zeile über Kultur enthält, ist unverständlich.

Die SP ist eine Grundwertepartei, keine Weltanschauungspartei, und gerade dadurch offen für Angehörige von Religionen und Weltanschauungen, denen das Wohl des Menschen nicht gleichgültig ist, und die mit ihrer Sozialethik den «Wärmestrom» speisen, aus dem Motivation, Begeisterung, Visionen und Überzeugungskraft für einen demokratischen Sozialismus hervorgehen. Mit der religiösen und weltanschaulichen Motivations- und Begründungsvielfalt des demokratischen Sozialismus hat sich bisher noch jedes Parteiprogramm der SP Schweiz auseinandergesetzt. Nur dieser Entwurf glaubt, darauf verzichten zu können. So aber leidet selbst eine Vision, die so bedeutend und motivierend sein könnte wie «Wirtschaftsdemokratie» bald einmal unter «ökonomistischer» Verkürzung. Ja, und warum kommt «demokratischer Sozialismus» in diesem Entwurf nicht einmal mehr dem Namen nach vor? Wessen hätte sich die SP zu schämen, wenn sie meinte, das Wort, das auch zu ihrem Wärmestrom gehört, aus dem neuen Programm verbannen zu müssen? ●

Willy Spieler ist ehemaliger Redaktor der Neuen Wege und ehemaliger Fraktionspräsident der SP im Zürcher Kantonsrat.

¹ Siehe: Hans Kissling, Wir Eidgenossenschaftler, in: DAS MAGAZIN, 45/2009, 48ff.

² Thomas Heilmann: Was verstehen wir unter Wirtschaftsdemokratie? Denknetz Jahrbuch 2009, 82.

³ Siehe: Mascha Madörin, Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie, in: Denknetz-Jahrbuch 2007, 141ff.

⁴ Plädoyer für ökonomische Bürger- und Menschenrechte, in: Neue Wege, 2/2003, 54.